Absender

Musterantrag

An die
zuständige Bezügestelle (LBV etc.; Adressat bitte je nach Dienstherr anpassen!)

Datum

Personalnummer: .....
Antrag auf Anpassung des Familienzuschlages ab dem dritten Kind für das Jahr 2017 und folgende Jahre

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Urteil vom 7. Juni 2017 entschieden, dass der einem Landesbeamten der Besoldungsgruppe A 13 für die Jahre 2009 bis 2012 gewährte Familienzuschlag für sein drittes Kind verfassungswidrig zu niedrig bemessen war. Es hat ihm deswegen unmittelbar aus der Vollstreckungsanordnung des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Urteil vom 24. November 1998 (2 BvL 26/91 u. a.) einen Anspruch zugesprochen, der mindestens 115 % des sozialhilferechtlichen Gesamtbedarfs entspricht.

Das Oberverwaltungsgericht hat in dieser und weiteren drei Verfahren die Revision zum Bundesverwaltungsgericht wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen. Diese sind unter dem Aktenzeichen 2 C 35.17 u. a. anhängig.

Im Hinblick auf diese Verfahren lege ich gegen die mir für mein drittes (ggf. weitere) Kind(er) gewährte Besoldung für das Jahr 2017

Widerspruch

ein, da ich davon ausgehe, dass die mir für mein drittes (bzw. weitere) Kind(er) gewährte Besoldung nicht ausreichend ist.

Zugleich beantrage ich

> **die Gewährung einer amtsangemessenen Besoldung für diese(s) Kind(er), die den in dem Urteil vom Bundesverfassungsgericht vom 24. November 1998 (2 BvL 26/91 u. a.) festgelegten Grundsätzen entspricht.**

Gleichzeitig bitte ich, bis zur endgültigen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts meinen Antrag ruhen zu lassen und auf die Einrede der Verjährung zu verzichten sowie mir dies durch Rücksendung des beigefügten Formulars zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Muster Rücksendevordruck:

An

Name / Anschrift / Personalnummer des/der Betroffenen

Widerspruch gegen verfassungswidrig zu niedrige Besoldung

Sehr geehrte/r Frau/Herr _____,

hiermit wird bestätigt, dass wir Ihren o. g. Widerspruch gegen Ihre derzeitige Besoldung und Ihrem Antrag auf eine amtsangemessene höhere Alimentation unter Berücksichtigung der verfassungsgemäßen Anforderungen vom _____ ab dem 1. Januar 2017 am _____ erhalten haben.

Wir erklären uns hiermit einverstanden, das o. g. Verfahren bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage ruhend zu stellen sowie auf die Einrede der Verjährung im Hinblick auf diese Ansprüche ab dem 1. Januar 2017 zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

(Name / Unterschrift / Dienststelle) (Ort, Datum)